

Erstpreis täglich
unverändert mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Preis pro Jahr
monatlich 60 Pf. frei im Haus
durch die Post vierteljährlich
1,60 Mark ohne Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage),
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Herr 44/46, Herr Professor 588
Sprechstunde: von 7 Uhr bis
12-1 Uhr mittags.



Anzeigengebühr
betragt für die Gaspost
Kleinanzeigen bis zum Raum
30 Pf., für Anzeigen unter
dem Titel bis 20 Pf., Anzeigen unter
dem Titel bis 20 Pf.

Anzeigen
für die (Klein) Nummer
werden (Klein) Nummern
nach dem Inhalt in der
Kleinanzeigen-Abteilung
eingetragen.

Hauptgeschäftsstelle:
Herr 44/46, Herr Professor 588
Sprechstunde: von 7 Uhr bis
12-1 Uhr mittags.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Parlamentserzerrüttung.

Die politische Entwicklung Deutschlands geht einen eigenartigen Gang. Während der Kapitalismus reichend Fortschritte macht und der Bourgeoisie immer mehr die Leitung des gesamten Wirtschaftslebens in die Hände bringt, verfallen es diese namentlich am wirtschaftlichen Einfluß stetig zunehmende Bourgeoisie völlig dem politischen System des Parlamentarismus, das ihrem Wesen entspricht, zu größerer Macht zu verfallen, oder läßt den Parlamentarismus sogar verfallen. Die ganze Regierungsgewalt verbleibt in Deutschland noch wie vor der Bureaucratie, die wiederum in der Hauptfache abhängig ist von der wirtschaftlich schwachen, entwicklungsfeindlichen Kapitalistengruppe, dem aristokratischen Großgrundbesitz. Am unverwundlichsten kommt das zum Ausdruck in Preußen. Da aber Preußen, seiner überragenden Größe und der geschichtlichen Tradition entsprechend, auch der Reichspolitik das Gepräge gibt, können die hin und wieder in den kleineren Staaten günstiger gelegenen Verhältnisse im großen und ganzen an dem Laufe der Dinge in Deutschland nichts ändern. So kann das rückwärtige altfeudale Junkertum auch heute noch die deutsche Bourgeoisie nach seiner Weise lenken lassen.

Am deutlichsten bringt die Rückständigkeit des deutschen Parlamentarismus in die Augen, wenn man ihn mit den Zuständen in England, dem Lande der vorzüglichsten parlamentarischen Einrichtungen, vergleicht. In England ist das Ministerium weiter nichts, als der Verwaltungsausschuß des Parlaments, genauer gesagt, des Unterhauses, der gewählten Volksvertretung. Verliert ein Ministerium das Vertrauen des Unterhauses, das heißt, entscheidet die Mehrheit der Volksvertreter in einer wichtigen Frage gegen die Regierung, oder verliert die Partei, beziehungsweise die Koalition von Parteien, aus der das Ministerium hervorgegangen ist, bei allgemeinen Wahlen die Mehrheit, so hat das gesamte Ministerium sein Amt niederzulegen, und der Monarch hat dann die Parteiliche der neuen Mehrheit zur Übernahme der Regierungsgeschäfte zu berufen. Das Ernennungsrésumé des Monarchen ist nur nominell. In Wirklichkeit hat er keine freie Wahl. Soweit die Person des Ministerpräsidenten ist schon in dem Mehrheitsfaktus. Wie in England vollständig sich fähigens der Ministerwechsel auch in anderen parlamentarisch regierten Ländern, jetzt z. B. in Holland und Dänemark.

Das Ministerium wird in England samt und sonders aus Mitgliedern des Parlaments zusammengesetzt, wobei die wichtigsten Posten neuerdings immer mehr dem Unterhause vorbehalten bleiben. Verwaltungswesen können es im englischen Staatsdienste höchsten bis zum „permanenten“ Unterstaatssekretär bringen. Jedem englischen Minister stehen nämlich zwei Unterstaatssekretäre zur Seite, ein parlamentarischer und ein permanenter. Da ein Minister nur in demjenigen Hause das Wort ergreifen kann, der er angehört, muß er in dem anderen durch einen parlamentarischen Unterstaatssekretär vertreten werden, der diesen Hause als Mitglied angehört. Der permanente Unterstaatssekretär hat bei jeder andere Beamte von dem Monarchen nicht das Recht, im Parlament zu erscheinen oder gar Wort in die Debatte einzubringen.

In diesen Verhältnissen trägt sich am schärfsten der Unterschied zwischen dem englischen und dem preußisch-deutschen Parlamentarismus aus. Denn in deutschen Parlamenten ist dem Beamtenumstand sogar eine bevorzugte Stellung eingeräumt. Die Minister gehen durch Ernennung des Monarchen aus dem Beamtenumstand hervor. Sie können samt ihren Gehilfen im Parlament erscheinen. Ja, in der Debatte ist ihnen eine bevorzugte Stellung eingeräumt, da ihnen auf Verlangen jederzeit das Wort erteilt werden muß, sogar außerhalb der Tagesordnung. Es ist das eine Bestimmung, die eigentlich jeder parlamentarischen Ordnung hohen spricht. Es ist auch bekannt, daß im Reichstage wie im preussischen Parlament die Minister den Anspruch erheben, der Disziplinargewalt des Präsidenten nicht unterworfen zu sein. Dieser Anspruch ist zwar vom Reichstag und seinen Präsidenten nie anerkannt worden; tatsächlich aber haben bisher die Präsidenten es häufig vermieden, ihre Disziplinarmassnahmen gegenüber einem Regierungsbektritter zur Anwendung zu bringen.

Auf die Ministerernennung haben ferner weder im Reich noch in Preußen Parlamentarismus einen entscheidenden Einfluß. Selbst fräufige Ministernennungen stützen weder einen Reichstanzler noch einen preussischen Ministerpräsidenten. Wohl aber hat noch keiner jener, vom Monarchen nach freiem Ermessen ernannten Beamten auf die Dauer die Inngabe der kleinen oder mächtigen Junkerarchie überlassen, die in der konservativen Partei ihre parlamentarische Vertretung gefunden hat. Woraus denn mit hinreichender Deutlichkeit hervorgeht, daß es eine flagrannte Unwahrheitswidrigkeit ist, wenn behauptet wird, in Preußen und Deutschland stehe die Regierung „über den Parteien“. Sie ist die Vertretung einer Partei, obwohl sie in parlamentarisch regierten Ländern; so in ihr kommt die schismatische Art der Parteiregierung, eine Ministerbeziehung zum Ausdruck.

So ist das bei uns herrschende Regierungssystem der bürokratischen Verwaltung mit parlamentarischem Anspuch der korrekten Antwort der Staatsbeherrschung durch eine Hof-, Militär-, Beamten- und Junkerpartei, während das parlamentarische Regierungssystem, wie es in England besteht, der Nachahmung der Bourgeoisie entspricht.

Wohlgemerkt verlangt das Interesse der Bourgeoisie zwar, daß die gesamte Staatsmacht einer gewählten Volksvertretung anvertraut wird, die Interesse widersteht aber ein weit-

gehenden Ausdehnung oder völligen Demokratisierung dieses Wahlrechts, da dadurch der Einfluß der arbeitenden und ausgebeuteten Schichten des Volkes auf das Parlament zumungunsten der ausbeutenden Bourgeoisie vergrößert wird. Deshalb hatte in England die nämliche Bourgeoisie, die nach ihrem Siege über Hof und Junkertum das parlamentarische Regierungssystem lädenlos ausbaute, gleichzeitig das Wahlrecht zum Unterhaus möglichst eingeschränkt. In der Zeit der bürgerlichen Parlamentarismus bedurfte es eines großen und langwierigen, heute noch nicht zum Abschluß gekommenen Kampfes, um das Wahlrecht allmählich zu erweitern und dadurch der Demokratie der Staats- und Wirtschaftsordnung vorzubereiten.

Auch in Deutschland entspräche die folgerichtige Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems an sich durchaus dem Eigenbedürfnis der Bourgeoisie. Die Umstände wären einem solchen Vorhaben auch durchaus günstig. Von Jahr zu Jahr offenbar es sich mehr, daß die Hof-, Militär-, Beamten- und Junkerpartei nicht der Vermittlung der großen Kulturaufgaben gewachsen ist, die ein modernes, der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung entsprechendes Staatswesen in seinem Schöße birgt. Welch flügeliges Stimmempfer fördern die preussischen Staatslenker selbst in ihren Exerzierplätzen zutage, von ihren kurzweiligen Vorträgen zur Bewältigung dringender Aufgaben des Rechtslebens ganz zu schweigen.

Trotzdem unternimmt die deutsche Bourgeoisie keinen Versuch, der herrschenden Sippe die Macht zu entwinden, um sie selbst in die Hände zu nehmen. Sie fügt sich mit frommer Geduld den „gegebenen“ Verhältnissen, wie ihr der antierende Oberbureaucratie Weltmann Holweg das so sinnig angeraten hat. Sie fügt sich natürlich nicht aus Verhängnislosigkeit für ihre eigenen Interessen, sondern aus Angst vor dem Proletariat, das als gleichberechtigter Bundesgenosse im Kampf gegen die herrschende Junkerpartei der Bourgeoisie unentbehrlich ist, dem aber schließlich bei der unangenehmen weiteren Demokratisierung weiterer Verhältnisse die wertvollsten Kräfte aus dem gemeinsamen Siege zufallen müssen. So hoch die preussisch-deutsche Verfassungsentwicklung eigentlich völlig seit 1871 trotz der fäulenden Verfallung der Regierungssippe, trotz des wachsenden indirekten Einflusses des Proletariats auf die Regierungsgeschäfte, den ihm die stetige Erklarung der Sozialdemokratie in den Parlamenten wie im öffentlichen Leben überhaupt verleiht.

Wenn ein Nachmittels wie das Parlament nicht aus unfertigen Zuständen zu der gebotenen größeren Machtentfaltung gebracht wird, so verkommt es naturgemäß mehr und mehr. So sehen wir denn auch jetzt im Deutschen Reich, daß die bürgerlichen Parteien des Reichstages anstatt durch ausgiebige Debatten über die wichtigsten Tagesfragen die öffentliche Meinung anzuziehen und dem Reichstage selbst den erforderlichen Resonanzboden für die Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems im Volke zu schaffen, gesamtlich alle Erweiterungen im Rahmen des Reichstages zurückdrängen und sie in den Dunkelkammern der Kommissionsberatungen abtun suchen. Wobei die Bureaucratie natürlich den Vertretern des Bürgertums nur zu müßig hilfreich die Hand bietet.

Es ist das deutlicher zutage getreten, als bei den Kämpfen um die jüngste Militärverfassung. Ganz abgesehen von der tatsächlichen Stellungnahme, war die Sozialdemokratie die einzige Partei, die ihren parlamentarischen Verpflichtungen in vollem Maße nachkam.

So gleitet überhaupt der Kampf um die Erweiterung der parlamentarischen Rechte aus den erlachenden Händen der Bourgeoisie über in die jugendkräftigen Hände der Klassenkampfpartei des Proletariats. Das ist bei der Entwicklung der deutschen Verhältnisse ein ganz natürlicher Vorgang. Denn auch die Sozialdemokratie befreit der parlamentarischen Machtmittel zur Durchführung anderer Aufgabe: der völligen Demokratisierung von Staat und Gesellschaft.

„Verfassungsreform“ in Ägypten.

Aus London, 24. Juli, wird uns geschrieben: Die englische Regierung hat soeben eine Denkschrift Lord Mitchener's, des britischen Agenten in Ägypten, an Sir Edward Grey über die am Montag in Kairo verlesene neue ägyptische Verfassung veröffentlicht. Lord Mitchener und mit ihm die ganze englische Presse, ist natürlich bemüht, die Bedeutung dieser Verfassungsänderung in das möglichst günstige Licht zu stellen. Es mag aber gleich vorweggenommen werden, daß die neue „Verfassung“, nicht minder wie die neue, bloß ein Deckmantel der vom britischen Agenten im Einvernehmen mit der englischen Regierung geübten Autokratie ist. Innerhalb dieser Grenze bringt die Reform jedoch ein Anzahl nicht ganz unwesentlicher Änderungen. Wobei verhandelt die ägyptische Verfassung aus einer „Generalversammlung“ und einem „Legislativrat“. Die Generalversammlung bestand aus den Mitgliedern des Legislativrats, den sechs Ministern und 46 gewählten Volksvertretern. Sie wurde alle zwei Jahre einberufen und hatte, wie jetzt Lord Mitchener selber ausführt, im wesentlichen keine andere Funktion als die ihm vorgelegten Steuerentwürfe zu billigen. Willigte sie sie nicht, so wurden die Steuern natürlich trotzdem eingeführt. In Wirklichkeit war die „Generalversammlung“ ohne jede Bedeutung. Der „Legislativrat“ bestand aus 30 Mitgliedern, von denen 14 ernannt und 16 gewählt waren. Ihm wurden alle Gesetzesentwürfe zur Diskussion vorgelegt und wenn er irgend- einem Gesetz nicht zustimmte, so mußte die Regierung die

Einwände entgegennehmen. Aber Gesetze ließen sie natürlich trotzdem, denn die Regierung war nicht verpflichtet, die Einwände zu berücksichtigen. Das Budget konnte vom Legislativrat nicht einmal diskutiert werden.

Nach der neuen Verfassung werden beide Körperlichkeiten in eine einzige verschmolzen, die von nun an „Legislativversammlung“ heißen soll. Sie wird 80 Mitglieder haben, von denen 66 gewählt, die anderen aber von der Regierung ernannt werden sollen, zum der verschiedenen Ministerien eine Vertretung zu verschaffen. Die Funktionen der neuen Körperlichkeit werden im Vergleich zum alten „Legislativrat“ „aus erweitert. Er wird mit Ausnahme der Zivil- und auswärtige Angelegenheiten alle Gesetze, wie es scheint also auch das Budget diskutieren dürfen, und wenn die Regierung bei einem Gesetze, dem die Legislativversammlung nicht zustimmt, besteht, das Recht haben, das Gesetz zum zweitenmal, eventuell auch zum drittenmal zu diskutieren. Die einseitige Entscheidung bleibt freilich wie bisher bei der Regierung, aber Lord Mitchener führt aus, daß das wiederholte Diskussionsrecht dem die Folge haben werde, daß nur wirklich notwendige und einwandfreie Gesetze gegen den Wunsch der Legislativversammlung durchgeführt werden würden. Die umfangreichsten Änderungen werden aber in dem Wahlrecht vorgenommen. Das Wahlrecht bleibt, wie bisher, allgemein und indirekt. Vorwiegend bisher jede Stadt oder jedes Dorf einen Wahlmann wählte, werden in Zukunft Gruppen von 50 Wählern einen Wahlmann wählen, und diese Wahlmänner wieder in Gruppen von je 4000 je einen Vertreter wählen. Also ein doppelt indirektes Wahlrecht. Die ersten Wahlmänner haben sich bei ihrer Stimmenabgabe nach den Wünschen der Wähler zu richten, anderenfalls die eine neue Wahl verlangen können. Die untere Altersgrenze für Mitglieder der Legislativversammlung wird von 30 auf 35 Jahre erhöht. Die Legislativversammlung soll bis zu einem gewissen Maße auch das Recht bekommen, Initiativentwürfe zu stellen.

Man sieht, so weit von seinem Fortschritt die Rede sein kann, ist er aufs engste umgrenzt und mit verschiedenen reaktionären Neuerungen verflochten. Namentlich werden die gewählten Vertreter unter dem Vorwand des Schutzes der Rechte der Wähler mehr als bisher von der Regierung abhängig gemacht. Nebenbei Bedeutung kann die Form nur dann gewinnen, wenn und wenn die Legislativversammlung ein wirkliches Kontrollrecht über die Regierung gewinnt. Man wird es sehr gut verstehen, wenn das Bermanente Komitee der Jung-Ägypter in Genuß gehen dem Redire telegraphisch einen Protest gegen die Verfassungsänderung sandte, weil sie ungenügend und nur geeignet sei, die öffentliche Meinung in Europa und Ägypten irrezuführen.

Welchen Zweck verfolgt die englische Regierung mit der „Verfassungsreform“? Einen zweifachen. Zunächst den, die nationalistische Bewegung in Ägypten einzugrenzen zu beruhigen. Der wichtigere ist aber unweigerlich der, die völkerrhetorische Stellung Englands in Ägypten zu besfestigen und zu regulieren. Dazu ist vor allem am weitesten notwendig; die Abschaffung der formell noch bestehenden Sugeranität des türkischen Sultans und die Abschaffung der internationalen Kapitalisationen. Das erstere wird wie der Daili Chronicle geteilt werden, wahrscheinlich im Zusammenhang mit der allgemeinen Schärpfung der Türkei anlässlich der Balkankriege bereits vorbereitet worden sein. Die Abschaffung der Kapitalisationen aber, noch dann die durch den Fall A. D. M. in ganz Europa hinreichend diskutiert worden sind, eben die „Verfassungsreform“ erleichtern. Das hat der Vorgänger Mitchener's, Lord Comer, in einem Artikel in der letzten Nummer der Monatszeitschrift Nineteenth Century ganz offen ausgesprochen, indem er sagte, daß es zur Verwirklichung der Kapitalisationen notwendig sei, irgendeine legislative Körperlichkeit in Ägypten zu schaffen, die das Vertrauen der europäischen in solchem Maße erwecken würde, daß das Verlangen, sie stellen ihre gegenwärtigen besonderen Vorrechte aufgeben, selbstkritisch wäre“. Es ist nach allem klar, daß die Jung-Ägypter sehr guten Grund haben, diese „Verfassungsreform“ als ein gefährliches Manövergesicht zu betrachten.

Es liegt aber auch auf der Hand, daß die Aufkündigung der Frage der ägyptischen Kapitalisationen auch die Gefahr internationaler Komplikationen in sich birgt. Frankreich würde nach dem Abschlusse der Entente, die ja vor allem auf Ägypten gemünzt war, zwar seine Schutrieckheiten machen. Aber wie sich Ägypten dazu stellen würde, weiß man nicht, während es ganz sicher ist, daß die deutschen Imperialisten, die ja alle ihre Zukunftshoffnungen auf eine starke Türkei, und ganz besonders auch auf das Wiedererleben des türkischen Einflusses in Ägypten gesetzt haben, Peter und Wodwo schreiben werden. Darin liegt die Gefahr, daß der deutsch-englische Gegenatz wieder auf wird.

Politische Uebersicht.

Da lle (Saale), den 28. Juli 1913.

Die Reichseinnahmen gehen zurück.

Die Hauptentnahme des Reiches, die Zölle, ist im Monat Juni d. J. erheblich zurückgegangen. Die Zölle brachten nur 43,29 Millionen Mark gegen + 44,2 Millionen Mark im Juni 1912, d. h. fast 8 Millionen Mark weniger als vor einem Jahre.

China.

Der Kampf zwischen Norden und Süden. Nach Meldungen aus Kiating haben die Nordtruppen gestern allgemein den Vormarsch begonnen und die Aufständischen sich in Unordnung zurückgezogen. Die Nordtruppen überschritten den Fluß und besetzten die Eisenbahnlinie, von wo aus sie die Gutsaufsätze zu beschießen begannen.

In Schanghai wurden die Wapung-Häuser von den Regierungstruppen erobert, jedoch am gleichen Abend von den Rebellen wieder besetzt. Der Kommandeur der Rebellen ist entflohen. Die Truppen der Rebellen, an Zahl etwa 3000, wählten einen neuen Führer, der die Erklärung abgegeben hat, er werde nur dann kämpfen, wenn er angegriffen werde. — Es steht ein Sonderzug bereit, der nach bestimmt ist, im Falle der Not die Fremden von Wapung fortzubringen.

Reisung internationaler Truppen. Mit Rücksicht auf die das Land und die Wirtschaft von Schanghai übernehmenden Streitkräfte der Aufrührer ist in einer Versammlung des Konsularkorps und der höchsten Behörden beschlossen worden, Patrois zu landen und eine Postenkette um die Fremden niederzulassen und aufzustellen. Auch an beiden Enden der Gutschowdrei und an den Grenzen der Niederlassung sind Posten aufgestellt worden, die den Befehl erhalten haben, den Durchzug der Aufrührer zu hindern. In der Stadt ist eine Besatzung aufgestellt worden, die den Streikführenden und allen sich aktiv an dem Aufrührer Beteiligten anzeigt, daß die Niederlassung für sie geschlossen ist.

Aus der Partei.

Ein Sozialdemokrat im Landrat.

Infolge der erfolgten Eingemeindung der Vororte Lechhausen und Hochall zur Stadt Augsburg hat die Stadt Anrecht auf einen weiteren Vertreter im Landrat für Schwaben und Neuburg erlangt. In der durch die beiden städtischen Kollegien vorgenommenen Wahl wurde mit den Stimmen der Liberalen ein Sozialdemokrat, der Gewerkschaftssekretär Genosse Bernthal, als sechster Vertreter in den Landrat gewählt, ebenso ist der gewählte Erstherrmann ein Sozialdemokrat.

Mit der Wahl des Genossen Bernthal geht der erste Sozialdemokrat in den schwäbischen Landrat ein, eine Korporation, die über die Verwendung der Mittel des Regierungsbudgets Schwaben und Neuburg zu beschließen hat und deren bisherige Zusammenfassung an Mühseligkeit nicht mehr überstiegen werden kann. Die Landräte in Bayern entsprechen den Kreisrägen in Preußen.

Die Polizei gegen das Vereinsgesetz.

Auf der Zentralfeier des Kreises Reddinghausen, die in den Anlagen des Grillsberges abgehalten wurde, Reichstagsabgeordneter Wendel die Festrede hielt, erschienen plötzlich ein Dutzend Gendarmen und Polizeibeamte auf Fuß und zu Pferde und verboten dem Redner gewaltlos auf Grund einer Polizeiverordnung, betreffend Beihilgung der Sonn- und Feiertage, das Weiterreden. Obgleich die Polizei selbst die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung schriftlich erteilt hatte, erfolgte aberdem prompt ein Eingriff, der aber vom Zeitungsredakteur Reddinghausen für nichtig erklärt wurde. Daß auch die Polizei mit ihrem Vorgehen eine moralische Niederlage erlitten so hat sie doch ihren Zweck insofern erreicht, als die Versammlung geplatzt wurde.

Unsere Taten. Herr Röhde, Mitglied der Hamburger Bürgerfchaft, ist 68 Jahre alt, in Hamburg geboren. Röhde kam in der ersten Hälfte der vierziger Jahre als Volksschullehrer nach Hamburg. Bis zu seiner im Jahre 1906 erfolgten Pensionierung gehörte er dem Damburghischen Schulbezirk an. Der nun Verstorbenen hat der Sozialdemokratie schon lange Jahre gedient, ohne daß er als Lehrer öffentlich für sie wirken konnte. Er ist aber durch die Pensionierung frei geworden und nahm er sofort sehr regen Anteil an der Parteitätigkeit und hat in den Jahren seitdem besonders auf dem Gebiete der Schulfragen im Parteinteresse eine rege agitatorische Tätigkeit entfaltet. In den Bürgerfchaftswahlen von 1907 wurde Röhde von der Sozialdemokratie Hamburgs als Kandidat aufgestellt und er gehörte zu den Gewährten. Röhde machte sich auch in der Bürgerfchaft sein Parteinteresse den Schulfragen an.

Partei-Literatur.

Der Bruchschmel zwischen Friedrich Engels und Karl Marx 1844-1883. Herausgegeben von A. Wibel und Ed. Bernstein.

Der Verlag von J. F. B. Dieb Nachfolger in Stuttgart teilt mit, daß die Bearbeitung des Bruchschmel der beiden großen Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus fertiggestellt ist und daß er eine Subscription auf das vier Bände umfassende Werk eröffnet. Die Bände haben folgenden Inhalt:

1. Band. Erster Abschnitt (1844 bis 1849): Die ersten Jahre des Bundes. — Zweiter Abschnitt (1850 bis 1853): Das Londoner Exil bis zur Auflösung des Kommunistenbundes.

2. Band. Dritter Abschnitt (1854 bis 1860): Krimkrieg. — Geschäftsjahre von 1857. — New York Tribune. — Italienscher Krieg.

3. Band. Vierter Abschnitt (1861 bis 1867): Der amerikanische Bürgerkrieg. — Die liberale West. — Schleswig-Holstein. Preussisch-Oesterreichischer Krieg. Katalanische Bewegung. — Norddeutscher Reichstag. — Das Kaninchen.

4. Band. Fünfter Abschnitt (1868 bis 1883): Die Parteientwicklung in Deutschland. Dichtung. — Der Deutsch-Französische Krieg. — Engels Überlieferung nach London 1870. — Marx Krankheit und Tod. — Regier.

Die Herausgeber sehen davon ab, die Veröffentlichung zum Gegenstand einer buchhändlerischen Expedition zu machen. Die Auflage ist daher auf wenige hundert Exemplare bemessen, auf die die Herstellungskosten verteilt worden sind.

Der Gesamtpreis für die vier Bände beträgt 40 M. Profiziert. Als Buchmerkmale dürfen vorzugsweise Bibliotheken und Zeitungsredaktionen in Betracht kommen, da Rezensionen und Preis-Exemplare nicht abgegeben werden.

Es gelangen auch gebundene Exemplare (mit Nebenbestimmung) zur Ausgabe, für die 4 M. extra berechnet werden.

Die Ausgabe des Bruchschmel am 15. September dieses Jahres erfolgen. Die eingegangenen Bestellungen werden der Reihe nach bemerkt und gelangen zunächst an einem Tage zur Erledigung.

Für die nach dem Erscheinungstag eingehenden Bestellungen kann die Ausführung nicht mehr versprochen werden.

Gewerkschaftliches.

Der Verband der Lithographen und Steinbruder im Jahre 1912.

Für das graphische Gewerbe stand das Jahr 1912 im Zeichen einer schweren wirtschaftlichen Depression, die besonders auf dem Lithographen- und Steinbrudergebiete außerordentlich stark lastete. Die Folgen machten sich bemerkbar in einer weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit, von der unter allen Verbänden des graphischen Gewerbes die Organisation der Lithographen und Steinbruder am schwersten betroffen wurde. Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit liegt in diesem Verbande von 1908 im Jahre 1911 auf 9251 im Jahre 1912, also um 296. Auf 100 Mitglieder kamen 1911 schon 13, 1912 aber 13,65 Fälle von Arbeitslosigkeit. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 1911: 167.587, 1912: 171.580; sie war demnach im Berichtsjahre um 4023 höher als im Jahre 1911. Infolge der verhältnismäßig früheren Steigerung der Zahl der Arbeitslosenfälle sank die auf jeden Fall durchschnittlich entfallende Zahl der Arbeitslosenquote von 19 auf 18,5.

Diese Massenarbeitslosigkeit veranlaßte viele Steinbruder und Lithographen, den erlittenen Verlust aufzugeben, als ungeliebte Arbeiter ihren Unterhalt zu suchen oder ins Ausland auszuwandern. Auch einer Anzahl der Berliner Lithographenvereine ging zum Beispiel die Zahl der Berliner Chromolithographen von 652 im Juni 1911 auf 592 im Mai 1913 zurück; sie sank also in knapp zwei Jahren um 280 oder um 40 Prozent. In Leipzig betrug der Rückgang von Ende 1909 bis Ende 1912 rund 200 oder 25 Prozent. Schmidt laßt die Verhältnisse in anderen Städten, auch bei den Zeichnerbrüdern, abhellen, der Abgang vom Beruf oder die Abwanderung ins Ausland nach mehreren Hunderten.

Diese Umstände wirkten natürlich auch auf die Mitgliederzahl, die Ende 1911 17.092, Ende 1912: 16.619 betrug und demnach um 473 zurückging. Die dem Verbande angegliederte Lehrerbildungsabteilung hatte Ende 1911: 2729 und Ende 1912: 2407 Mitglieder; der Rückgang um 325 ist hier auf den Rückgang der Lehrlingszahl im allgemeinen zurückzuführen.

Den Jahreserlösen von 1.182.994 M. standen im Jahre 1912 1.701.156 M. Ausgaben gegenüber. Die überbrückte demnach die Einnahmen um 518.162 M., so daß das Vermögen des Verbandes um diesen Betrag von 724.449 M. auf 206.287 M. zurückging. Die Mehrausgabe ist ausschließlich auf die Kosten der Lohnbewegungen, besonders des ausführenden Streiks und Ausperspektives im Winter 1911-12 zurückzuführen, der rund 4500 Lithographen und Steinbruder in Mitleidenschaft zog. Diese Kosten betragen allein im Jahre 1912 834.652 M.

Die Wirtschaft des Verbandes für die Verbesserung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse war im Jahre 1912 hauptsächlich darauf gerichtet, die Ende Januar beim Abbruch des Kampfes mit dem Schuberbande der Steinbruderunternehmer getroffenen Vereinbarungen auch in den Richtungsverbandsbetrieben zur Geltung zu bringen. Diese Arbeit führte zum Abschluß 2257 weiterer Klagen, 215 und Restklagen mit zum Teil erheblichen Verbesserungen der bisherigen Lohns- und Arbeitsbedingungen. Außerdem wurde für die Verbandstruppe der Formtischer im September ohne Kampf ein neuer Zentralrat, der ebenfalls beträchtliche Verbesserungen der bisherigen Arbeitsverhältnisse durchschaffte.

Reben den Sorgen für die Lohnbewegungen, die fast reißlos für Unterstützung an Streikende und Aussperrte herausgab wurden, hat der Verband 1912 noch folgende Unternehmungen ausgeführt: An Gematrakete 5468, für Reichstags 2942, Umzugskosten 19.845, Reifeunterstützung 25.013, Arbeitslosenunterstützung 142.338, Kranfengeld 125.160, Jubiläumsgeld 91.041, Witwenunterstützung 49.196 und Sterbegeld 15.261 M., insgesamt also 547.064 M. Demnach wurden weit über eine halbe Million Mark für die mannigfaltigen Unternehmungen ohne Streifunterstützung herausgegeben. Auf diese Zahlen reden eine deutliche Sprache von dem Werte des Verbandes.

Zusammenbruch der national-polnischen Gewerkschaften.

Im Frühjahr leiteten bekanntlich die polnischen Gewerkschaften in Oberhessen unter den Beiratsberatern eine 20 h 20 w Bewegung ein, ohne vorher eine andere Gewerkschaftsbewegung zu verhandeln. Diese Bewegung erreichte in dem obereidlichen Beiratsberatern, an dem sich rund 75.000 Bergarbeiter beteiligten, ihren Höhepunkt. Dieser Kampf wurde von den polnischen Gewerkschaften begonnen, ohne daß sie über Mittel zur Inerhaltung der Streikenden, die Arbeiter nur für eine Woche verließen, in der Bestimmung, daß er durch Entgegenkommen der Grubenbesitzer in 4-5 Tagen zu Ende sein würde. Doch diese Illusion ging fehl. Die Grubenbesitzer gaben, was vernünftige Menschen dem polnischen Führer voraussaßen, in 4-5 Tagen nicht nach. Die Arbeiter ließen handhaft und wurden mit an ihre Bestimmung in der Hoffnung, daß der Streik in wenigen Tagen erledigt sein würde, wurden den Arbeitern die größten Verprechungen gemacht. Es wurde gesagt: alle Arbeiter müßten sich bei polnischen Berufsvereinigungen anschließen, dann erhielten sie Unterstützung. Aus Frankreich, Amerika, England usw. kamen zur Unterstützung Millionen.

Das waren große Worte, denen ein Zusammenbruch folgte, wie er in der Geschichte der Arbeiterkämpfe einzig dastehen dürfte. Nachtraglich verließen die Führer, die aus Weitalen, Polen ins Streikgebiet gekommen waren, den Schauplatz ihrer Tätigkeit. Die Arbeiter aber verkauften, daß Unterstützung gesamt würde. Um überhaupt noch Mitglieder zu halten, wurde die Berufsvereinigungen mit der Kriegslosheit schon herausgerissen. Trotzdem die Arbeiter aber zu Laufenden ausgetreten. Nun werden sie mit folgendem Ansprechen bedacht:

..... den 1913.

§ 3.

Wie dem Herrn bekannt ist, wurde den neu eingetretenen Mitgliedern der polnischen Berufsvereinigungen während des Streiks die Unterstützung nur teilweise geleistet. Diese Unterstützung brauchten diejenigen, welche Mitglieder der polnischen Berufsvereinigungen geblieben sind und ihre Beiträge weiterzahlen, nicht zurückzugeben. Wie uns aber unter Vertrauen gestellt, daß der Herr die Beiträge nicht weiter, und deshalb fordern wir den Herrn auf, den gegebenen Betrag der Unterstützung zurückzugeben, um die Mitglieder der polnischen Gewerkschaften in Berlin ihren Anteil zu bekommen. Das Vermögen der gesamten polnischen Gewerkschaften auf 894.728 Mark angegeben. In einem solchen ausgegebenen Rückgange wird nun behauptet, daß die Berufsvereinigungen auf Streik über eine Million Mark Unterstützung ausgegeben habe. Demnach haben diese Gewerkschaften jetzt über 100.000 Mark Schulden. Das bedeutet für sie einen finanziellen Zusammenbruch.

Verfassungsverichte.

Gemeinde- und Staatsarbeiter. Am 19. Juli fand unsere Mitgliederparlamentarier statt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß uns der Tod wieder sehr Kollegen entzogen hat. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Verstorbenen in der üblichen Weise. Darauf gab der Kassierer die Abrechnung vom abgelaufenen Quartale; dieselbe hat folgendes Ergebnis: Einnahme 2533,50 Mark, Ausgabe der Kasse 546,26 M., in dem Hauptposten wurden abgezahlt 1145,07 M., bleibt Bestand 662,17 M. Mitglieder waren zu bezichtigen 290 männliche und 11 weibliche. Dem Kassierer wurde entnommen die Rechnung der Kassierer, die sich dahin aussprechen und fleißig zu akquirieren, damit die Vertreter der freien Gewerkschaften der Sieg davon tragen. Weiter macht der Vorsitzende bekannt, daß am 23. August eine Waffensache fortgeführt.

Verantwortlich für Zeitartikel, Politische Überlicht, Parteiloch, rechten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Heilbrunn und Bernhards Karl Beck, für Lokales Wilhelm Koenen, für Provinziales Gottlieb Kasparek, für die Sinesigen Wilhelm Herzog, Berleger Alfred Jähni, sämtlich in Halle. — Druck der Halle. Genossenschafts-Zugbruderei (C. O. u. D. D.).

verleiht ein rosiges, jugendlicher Anblick und ein reiner, zarter, schöner Teint. Dies erzeugt die allein echte Frauen-Schönheit-Seife

die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radobell, Stück 50 Pf. Überall zu haben. Nachweis der Lilien-Milch-Creme. Diese rote und gelbe Haut in einem Nachweis zusammengebracht. Teil 20 Pf.

*1241

die neue Qualitäts Cigarette mit Goldmundst. mit Hohlmundst. fisch

GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE CIGARETTENFABRIK

Beginnende Klärung?

Die Weigerung Griechenlands und Serbiens, die Friedensbedingungen einzufüllen, solange Bulgarien die Friedensbedingungen nicht anerkannt habe, hat in Bulgarien verstimmt. Rumänien sucht im Verein mit Italien und Oesterreich die widerspenstigen Griechen und Serben umzustimmen und sie zur Aufnahme von Verhandlungen zu bewegen. Durch diesen gemeinsamen Druck ist zunächst erreicht worden, daß Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen eingeleitet werden. Die Waffenstillstands-Verhandlungen sollen in Nisch, die Friedensverhandlungen in Bukarest stattfinden; die Delegierten hierzu sind von den beteiligten Staaten bereits ernannt worden.

In der Stellung der Großmächte um den Vor gehen der Türkei ist eine Änderung nicht eingetreten. Die Worte ist gegen den Willen der militärischen Führer genau so machtlos, wie es bis jetzt der europäischen Diplomaten gegen die Türkei ist, um sie von weiteren Aktionen gegen Bulgarien abzuhalten. — Eine gewisse Beruhigung hat die Erklärung Maßstab geschaffen, daß eine Sonderaktion in Armenien nicht zu unternehmen gedente.

Die Nordd. Allg. Zeitung beurteilt in ihrer Wochenzeitschrift die Lage folgendermaßen:

„Wenn auch nicht alle Ungewißheit über die Entwicklung der Balkanfrage geschwunden ist, so besteht doch kein wesentliches Hindernis mehr dagegen, daß noch im Laufe dieser Woche Friedensverhandlungen in Bulgarien beginnen können. Ob vorher erst in Nisch militärische Verhandlungen über den Eintritt der Waffenruhe abzuhalten sind, erscheint nicht zweifelhaft.“

Inzwischen hat, trotz allseitiger Abmahnungen, die Türkei ihre Truppen über die bereits angenommene Vertragsgrenze hinausdrücken und Adrianopel und Thessalonien besetzen lassen. Die Stellung der Mächte zu diesen Vorgehen ist in der Londoner Konferenzverhandlung erörtert worden. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Mächte die neuesten Verfügungen in Thrazien nicht anerkennen. Auch wenn Europa nicht sofort Gewalt gegen Gewalt setzt, wird die Worte im Widerspruch zu allen Großmächten die gegenwärtig von ihren Truppen gehaltenen Stellungen dauernd nicht behaupten können. Ein weiteres Eindringen in die benachbarten, von Verteidigern zurzeit entblößen bulgarischen Gebiete würde die Aussichten der Türkei auf die Erfüllung ihres Wunsch nach günstiger Abgrenzung in Europa nicht verbessern, sondern Schwierigkeiten nach sich ziehen, die dem nicht weniger groß sind, weil sie nicht lediglich im vollen Umfang hervortreten. Ohne in Verhandlungen untereinander zu geraten, werden die Mächte neue Hindernisse, die sich einem kühnen Friedensschritt auf dem Balkan entgegenstellen, gemeinsam zu beseitigen wissen.“

(Erl. abmannt)

Die Friedensbemühungen der Mächte.

Paris, 27. Juli. Die Schritte Österreich-Ungarns und Italiens in Athen und Belgrad zur Einleitung der Friedensverhandlungen haben den anderen Mächten Veranlassung gegeben, die gleichen Schritte zu unternehmen. Man sprach davon, daß die genannten Staaten die Schritte unternehmen hätten, um Bulgarien und Rumänien enger an den Dreieck zu fesseln und daß durch das gesonderte Vorgehen die Einigkeit der Mächte gefestigt sei. Nichts ist falscher als das. Die Mächte gehen vollständig konform. Sie haben sich alle für Anbahnung der Friedensverhandlungen verwendet. Wenn es auch möglich ist, daß eine besondere starke Präsenz in Athen und Belgrad von dem direkt interessierten Ozeich ausgeht worden ist, so haben sich doch alle anderen Großmächte auf folgende Punkte geeinigt: 1. Es ist absolut notwendig, sofort den Frieden zu schließen. 2. Das Gleichgewicht auf dem Balkan muß erhalten bzw. wiederhergestellt werden. 3. Bulgarien darf nicht allzu sehr geschwächt werden.

Der Friedensverhandlungen.

Belgrad, 27. Juli. Die Verbündeten bezeichneten in ihrer Antwort auf die Vermittlung Rumäniens als äußerste Konzeption ihrerseits die Abhaltung einer gleichzeitigen Konferenz in Nisch und in Bukarest, die erstere für eine Waffenruhe, die letztere für den Präliminarfrieden. Rumänien forderte daraufhin die Verbündeten auf, diese Vorschläge den bulgarischen Unterhändlern in Bukarest selbst zu unterbreiten und ihnen gleichzeitig die Premierminister der Balkanstaaten ein, nach Bukarest zu kommen.

Belgrad, 26. Juli. Wie verlautet, werden nach einem neuerlich getroffenen Vebereinkommen die militärischen Verhandlungen über den Waffenstillstand in Nisch parallel mit den Friedensverhandlungen in Bukarest gepflogen werden.

Bukarest, 27. Juli. Die Bevollmächtigten Serbiens, Griechenlands und Montenegros haben sich nach Bukarest begeben, wo sie Montag eintreffen werden.

Gibt die Türkei nach?

Konstantinopel, 27. Juli. Geheuer erwidert der Großvezir beim Sultan und beriet mit ihm in längerer Audienz die Antwort auf die Depeschen der verschiedenen Mächte, über die Aufrechterhaltung der Grenzlinie Enos-Midia. In offiziellen Kreisen ist man über diese Forderungen sehr beunruhigt; man weiß darauf hin, daß es unmöglich ist, die Armee zurückzuführen, da sie sich gegen die Regierung wenden würde, ebenso wie das Volk, dessen Stimmung dadurch außerordentlich gegen die Regierung gereizt würde.

Bulgarien bittet Griechenland um Waffenruhe.

Athen, 27. Juli. Die Regierung Bulgariens hat von der griechischen Regierung einen ablehnenden Bescheid auf das Ersuchen um Einstellung der Feindseligkeiten erhalten. Geheuer ist nunmehr bei der griechischen Regierung eine bulgarische Anfrage eingelaufen, daß die Feindseligkeiten für drei Tage eingestellt werden möchten. Der König hat die Anfrage an die Generale weitergegeben mit der Anfrage, ob sie dem temporären Waffenstillstand im Interesse der Armeo bestimmen könnten.

Athen, 28. Juli. Der König hat den bulgarischen Vorschlag betreffend eine dreitägigen Waffenstillstand „aus strategischen Gründen“ abgelehnt.

Wieder eine bulgarische Niederlage.

Paris, 27. Juli. Die hiesige griechische Gesandtschaft erzählte am 27. Juli, 1 Uhr nachts, daterzte Depesche: Die

griechische Armee schlug nach einem zweitägigen heftigen Kampfe bei Simitli am Strumastrome die bulgarische Armee, nachdem diese sehr große Verluste erlitten hatte, in die Flucht und erbeutete drei bulgarische Geschütze, sowie viel Kriegsmaterial. Die gefangene griechische Armee, deren Verluste beträchtlich sind, marschiert gegen Djumaja.

Belgrad, 27. Juli. Seit Sonntag nacht führten die Bulgaren gegen die serbischen Stellungen auf allen Fronten an. Die Kämpfe sind noch nicht beendet, die Ergebnisse unbekannt.

Die Cholera in Serbien.

Belgrad, 26. Juli. Amtlichen Berichten zufolge wurden innerhalb des Königreiches Serbien im ganzen bisher 400 Cholerafälle festgestellt, wovon 161 tödlich verliefen. Unter den an Cholera erkrankten Verstorbenen befinden sich 348 Soldaten, unter den an Cholera Verstorbenen 135 Soldaten. In Belgrad wurden bisher insgesamt 118 Choleraerkrankungen festgestellt, von denen 48 tödlich verliefen.

Triest, 26. Juli. Amtlichen Berichten zufolge ist in Serbien die Cholera ausgebrochen. Daher werden alle Provenienzen aus den Häfen langs des Adriatischen Meeres, welches sich vom Bosporus bis zum Golf von Saloniki, und zwar bis zur alten griechischen Grenze, gesperrt, gemäß den einschlägigen Bestimmungen behandelt werden.

Die Rudolfstädter Legende.

Zur Frage der Budgetbewilligung machte der Vorwärts kürzlich folgende Ausführungen, die wir um ihrer grundsätzlichen Bedeutung hier wiedergeben möchten:

Genosse Kolb, der noch immer den vergangenen Jahren der Budgetbewilligung nachtrauert, liebt es in neuester Zeit, zur Rechtfertigung der von ihm befürworteten Taktik, sich auf die Rudolfstädter Beispiele zu berufen. Auch in Rudolfstadt hätten andere Genossen das Budget gestimmt und niemand in der Partei mochte ihnen daraus einen Vorwurf. Genosse Kolb überhebt dabei, daß die Dinge in Baden und Schwarzburg-Rudolstadt durchaus nicht vergleichbar sind. Die Genossen in Baden haben für das Budget, das auch ohne sie mit großer Mehrheit angenommen worden wäre, gestimmt, um sich demonstrativ auf den jenseitigen Boden wie die bürgerlichen Parteien zu stellen und dadurch das Bündnis mit den Liberalen noch zu festigen. Diese Budgetbewilligung, die ohne jeden Zwang erfolgte und nach vorausgehender einstimmiger Vertrauensabstimmung des Landtages für die Regierung wirksam war, war in der Tat der Ausfluß jener reformistischen Taktik, die der Genosse Kolb vertritt, und die zur Zurückstellung aller spezifisch Revolutionären und Sozialisten führen müßte. Aus dem gelegentlichen Zusammenarbeiten und Zusammenstimmen mit bürgerlichen Parteien, das natürlich in allen Parlamenten vorkommt, sollte eine dauernde Arbeitsgemeinschaft resultieren, das was der Sinn der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist.

Ganz entgegenge setzt liegen die Verhältnisse in Schwarzburg-Rudolstadt. Die Rudolfstädter Genossen haben die Majorität im Landtag nicht dadurch erreicht, daß sie irgendwelche Kompromisspolitik getrieben haben, sondern sie haben allezeit unter Betonung dessen, was uns von den bürgerlichen Parteien trennt, den Wahlkampf geführt. Sie waren auch in der glücklichen Lage, selbst bei Stimmverlust keine Kompromisse schließen zu müssen, und ihre Mandate sind überall aus eigener Kraft gewonnen.

Und noch weniger sind die Verhältnisse im Landtag selbst mit denen Badens zu vergleichen. Die Sozialdemokraten bilden die Majorität. Diese Majorität hielt ihren Einzug in den Landtag gerade, als die Regierung alles daran setzte, um unterstützt und getrieben von den bürgerlichen Parteien, das ihr zu vollkommene Maßrecht zu bewilligen. Auf gelegentlichem Wege war dies nicht möglich. Die Hoffnung der Regierung auf Erreichung ihres Zweckes konzentrierte sich nun darauf, zu bewiesen, daß es mit einer sozialdemokratischen Mehrheit unmöglich ist, einen Etat zustande zu bringen. Sie wetteiferte deshalb nach der Auflösung des Landtages auf Grund der Bestimmungen des Grundgesetzes ohne williger Etat nach den alten Sitten weiter und erließ, in völliger Verleugnung anderer spezieller grundgesetzlicher Bestimmungen, sogar ein „Notgesetz“, das die Gehaltsbezüge aller Beamten, und zwar auch der ihr besonders an das Herz gewachsenen Geistlichen, um 8 Prozent erhöhte. Da die Regierung aber nur während einer dreijährigen Eiszeitperiode nach dem alten Etat weiter wirtschaften kann, mußte sie schon da auch noch andere dringende Gesetzesmaterien ihrer Lösung barten, wenigstens versuchen, mit der sozialdemokratischen Mehrheit zu arbeiten. Die Hebung unserer Parteigenossen war nun die, daß die Regierung gerade durch diesen Versuch den Nachweis erbringen wollte, daß es nicht möglich ist, mit einer sozialdemokratischen Mehrheit getriebene Arbeit zu leisten. Die Regierung hätte dann aber kurzerhand den Landtag wieder aufgelöst, der Weg für den Staatsstreich war frei, und unter dem Jubel der Bürgerlichen des Landes hätte die rufstättische Regierung dem Lande ein Wahlrecht oktroyiert, das, nach den Wünschen ihres Herzens gestaltet, für lange Zeit den Einfluß der Arbeiterkraft auf den Gang der Landespolitik ausgeschaltet hätte. Der bereits vorliegende Landtagswahlgesetzentwurf zeigte ja, wohin der Weg ging.

Es galt also, mit Weisheit die Regierung in allen Stücken, in denen sie Konfliktpunkte suchte, vor aller Öffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Und das haben unsere Genossen, ohne sich etwas zu verborgen, meisterhaft verstanden. So mußten sie in einer Linie im Fragen des Beamtengehältnotgesetzes den gesamten Landtag unter einen Hut und damit selbst die Elemente in Genesung zur Regierung bringen, die darauf ausgingen, durch Verschönerung des Wahlrechts den Sozialdemokraten im Landtag jeden Einfluß zu rauben.

Nun stieß sich Genosse Kolb speziell darauf, daß die Rudolfstädter Genossen für die Kirche, für die Kronfondation und sogar für das Kapitel „Orden und Ehrenzeichen“ gestimmt hätten. Gemacht, lieber Genosse Kolb! Die Kronfondation wird geschätzt aus den Erträgen eines Domänenbesitzes; dieser aber steht sich zusammen aus Vermögensobjekten, welche als persönliches Eigentum des Fürsten anzusehen sind, und aus Landesvermögen. Diese Dotation hat deshalb auch den Titel: Vorbehaltene Kameralrente. Eine Verwertung dieser Werte nach Lage der Dinge zurzeit unmöglich gemeldet, denn jedes Landgesetz hätte auf Grund des vorliegenden staats- bzw. privat-

rechtlichen Abkommens dem Fürsten die Rente zugesprochen, wenn der Landtag sie verweigert hätte. Genau so liegen die Dinge mit den Wittumsgeldern, die wohl nur ein Stück der Kameralrente sind. Dann die Ausgaben für die Kirche. Auch hier folgten die Genossen nur dem Junge der Verhältnisse, indem sie die früheren Gehälter der Geistlichen bewilligten, die diese auf Grund ihres kirchlichen Anstellungsvertrages auch dann zu fordern berechtigt sind, selbst wenn sie in den Verordnungen nicht vorgesehen. Darüber hinaus ist die sozialdemokratische Mehrheit nicht gegangen, sie lehnte auch jede Gehaltserhöhung für die Geistlichen ab, obwohl alle anderen Beamtenkategorien, inklusive der Lehrer, Gehaltserhöhungen erhielten. Nun die Ausgaben für Ehrenzeichen, die mit ganzen 900 Mt. etabliert waren. In der Tat „schluderte“ die sozialdemokratische Mehrheit den Voten, weil dieser durch das Grundgesetz festgelegt ist.

Die Rudolfstädter Fraktion handelte also durchaus in Uebereinstimmung mit der Runderberger Resolution, die ausdrücklich die Annahme des Budgets zuläßt. Falls die Ablehnung die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungenügenden Budgets zur Folge hätte. Dies wäre der Fall gewesen, wenn die Regierung eigenmächtig den Etat bestimmt hätte, und zu dem verschlechterten Budget wäre eventuell auch noch der Staatsstreich und die Verschlechterung des Wahlrechts gekommen. Die Rudolfstädter Genossen handelten also in einer Zwangslage, in die sie als sozialdemokratische Majorität der Regierung gegenüber gekommen sind.

Genosse Kolb kennt die Rudolfstädter Verhältnisse zu wenig, sonst würde er den Vergleich unterlassen, daraus für sich und seine spezielle Kompromisspolitik Kapital zu schlagen.

Gewerkschaftliches.

Der Werftarbeiterstreik.

Die Arbeiter des technischen Betriebes des Bremer Lloyd in Bremerhaven haben am Freitag zu der Frage über die Arbeitseinstellung Stellung genommen. Eine Abstimmung darüber ergab 109 für und 455 gegen die Arbeitseinstellung. Die nach den Verbandsstatuten erforderliche Mehrheit ist also nicht erreicht. Die Arbeit wird demnach im Lloydbetriebe nicht eingestellt, die Betriebsleitung hat den Arbeitern bestimmte Zugaben gemacht, darauf ist die Zustimmung erfolgt.

In Einswarden wurde am Freitag ebenfalls der Streik beschlossen, die Arbeiter der Werft von Friedrich u. Co. in Einswarden hatten sich durch ihre örtliche Verbandsleitung ebenso wie die der anderen Werften an der Unterweier in Bremerhaven und Geestmünde bei Tiedenburg, Seebad und Aldermers und des Bremer Vulkan in Vegesack mit den Betriebsleitungen in Verbindung gesetzt, um über ihre von ihnen eingereichten Forderungen eine Verständigung herbeizuführen. Die Unternehmer zeigten zum Teil Geneigtheit für eine irdische Verständigung, konnten aber, wie berichtet wurde, noch keine verbindende Zugabe machen. Sie werden von den anderen Werften zu dieser Haltung gezwungen; sie dürfen sich also mit ihren Arbeitern nicht verständigen, weil es der Unternehmerverband nicht will. Nachdem die Verständigungserfolge gescheitert sind, haben die Arbeiter auch dort die Arbeit eingestellt. Zunächst am Montag, den 21. Juli, in Vegesack, am Freitag, den 25. Juli, in Bremerhaven und Geestmünde und am Freitag abend ist nun auch die Entscheidung in Einswarden gefallen. Am Sonnabend morgen, 26. Juli, haben die Arbeiter das Werktag abgelehnt, sämtliche Arbeiter der Werft haben die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter von Friedrich u. Co. in Osterholz werden nun ebenfalls zu der Frage Stellung nehmen. Wie die Sache dort auslaufen wird, muß abgewartet werden. Die Arbeitseinstellungen auf den genannten Werften an der Unterweier sind in ordnungsgemäßer Weise erfolgt und stehen im Einklang mit den Verbandsstatuten.

Die Ausschaltung der Streifenunterstützung in Hamburg ist am Sonnabend, den 26. Juli, in allen beteiligten Verbänden ohne Störung erfolgt. Am Freitag, den 26. Juli, eine Entschiedenheit an, die den Streikenden die Sympathie der Holzarbeiter ausdrückt, von dem Vorstand eine Änderung seines bisherigen Standpunktes erwartet und die Unterstützung aus lokalen Mitteln befristet. Die Erhebung eines Extra-Beitrages wurde gegen eine große Minorität abgelehnt. Eine außerordentliche Generalversammlung der Fabrikarbeiter in Hamburg erklärte in einer Resolution, daß der Streik statutarisch nicht berechtigt ist. Da die beteiligten Fabrikarbeiter aber in den Kampf hineingezogen wurden, und in Unbetracht der erschlafften Situation und der mangelhaften Solidarität sollte die Generalversammlung das Verhalten des Vorstandes nicht billigen. Den streikenden Kollegen wurde die vollste Sympathie ausgesprochen und ihre Unterstützung aus lokalen Mitteln befristet.

Die Unternehmer im Malergewerbe

Geben sich die erhebliche Mühe, offen darzulegen, daß sie nur durch die Macht der Verhältnisse und den Druck der Arbeiterorganisation gezwungen, die letzten Schiedssprüche angenommen und den von ihnen entworfenen Kampf aufgehoben haben. Wäre ihnen nicht der Verband der Maler im Wege gewesen, sie hätten ihre vorgefasste Absicht, jede Lohnerhöhung abzuwehren, durchgesetzt. Nun es anders gekommen ist, über sie Reflexionen und offene Diskussion. So verhält der Gau Rheinlands-Westfalen noch heute im Tarif- und lehnt die Anerkennung des Reichstarifvertrages nach wie vor ab. Dabei behient er sich weiter des Terrorismus mit Hilfe der Zwangsmaßnahmen und der Raubentzerten. Der Unternehmerverband aber sieht dem Unfall seines Gewerbestandes ratlos zu.

Im übrigen Deutschland erwidert der Unternehmerverband die örtlichen Verhandlungen durch die Weigerung, die Jiffer 4 des letzten Schiedsspruches zu erfüllen, monach dort, wo während des Kampfes für die Gehilfen günstiger Einzelgitar in größerer Zahl abgeschlossen wurden, diese allgemein durchgeführt werden soll. Außerdem verweigert er die allgemeine Durchführung der Lohnerhöhungen. Die örtlichen Verhandlungen leiden unter diesem Widerstand der Unternehmer, wenn sich auch die beteiligten Arbeiter wieder durch eigenes Vorgehen ihr Recht verschafft haben. Sollen die beschriebenen Schwierigkeiten abgesehlt werden, wäre eine

wieder gesund und munter betreten, obwohl es ihnen nicht verdaut war, die See- und Seebrunn zu genießen. Die Lächer und Schöne der Bourgeoisie hat da bezeugt, denn ihr Geduldi erlaubte es, an allen Schönheiten und Wohlleben der Mutter Natur teilzunehmen, während sich andere Kinder mit dem Degnügen mühen, was die Uebgen.

Waldgesellschaft. Morgen, Dienstag, findet bei voransichtlich guter Witterung ein Ausflugs- und Gärtenfest im Rosengarten Engelnman bei einem außerordentlich präparierten Programm zuweilen. Die Gesellschaft wird in den prächtigen Gärten des Volksparks beherbergt. Das Programm um 10 Uhr, ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten; Arbeitslose haben freien Zutritt.

Der Ausschuß des Roten Kreuzes. Am Sonnabend abend fand im Zoologischen Garten die letzte Sitzung des neuen Ausschusses statt. Der Direktor des Zoologischen Gartens Dr. Staubinger leitete die Eröffnungsrede. Der als Wasserreferent und Ausschüssmitglied dienende Herr Dr. ist erwidert, daß die Wasserreferent die Eröffnungsrede. Der als Wasserreferent und Ausschüssmitglied dienende Herr Dr. ist erwidert, daß die Wasserreferent die Eröffnungsrede.

Verkehr und Handwerk. Die Reichsverwaltung beschäftigt in Zukunft die Unterbringung zünftiger Gewerbebetriebe und Handwerkers in wesentlichen Fällen zu lassen und bereitet die Umwandlungsbeschleunigung zur Gewerbeordnung in diesem Sinne vor, die dem Heiligsatz nach seinem Zweckumfange zugehen werden. Damit werden auch die bisher vom Heiligsatz ausgeführten Unklarheiten und Unklarheiten beseitigt. Wichtig die Frage, ob ein Betrieb handwerksmäßig, das heißt mit gelehrten Kräften, oder fabrikmäßig, das heißt mit ungelehrten Kräften, arbeitet, soll für die Entscheidung ausschlaggebend sein. Auch für gemischte Betriebe sollen neue Bestimmungen getroffen werden.

Als weitere Verringerung der Gewerbeordnung und ebenfalls als Resultat der jüngst stattgefundenen Ausbahrungen der Gewerbestämmen-Bereiter mit Vertretern der Bundesregierung sind Vorschläge der Regierung zu erwarten, nach denen für die Zukunft a) a) b) c) d) e) f) g) h) i) j) k) l) m) n) o) p) q) r) s) t) u) v) w) x) y) z) sein können, ebenso wünschenswert. Die Gewerbestämmen und Gewerbestämmen m. b. H. Nach Lage der Dinge würde dann in Halle wohl kaum ein Betrieb sein, der sich der Zunftspflicht würde entgegenstellen können.

Auf das Schauspiel die Schiffsbrüder. Das am Dienstag und Donnerstag in den Kavalierslokalen gegeben wird, machen wir uns nicht nur einmal aufzumachen. Warum dringt hier in alle Zehen des menschlichen Lebens, das aus dieser Welt der Kulturmenschen, ebenso wünschenswert. Die Gewerbestämmen und Gewerbestämmen m. b. H. Nach Lage der Dinge würde dann in Halle wohl kaum ein Betrieb sein, der sich der Zunftspflicht würde entgegenstellen können.

Im Apollontheater wird wieder ein neuer dramatischer Roman sentimental-dämmerlicher Art: Die drei Schwestern von Karl Heine aufgeführt. Er ist von denselben Autoren wie seine Vorgänger der hübscheren Dichtung verfaßt und spielt wieder in den sogenannten besseren Kreisen. Drei Lächler eines abgeschobenen Majors, die drei verheirateten Tugendkinder werden jede an einer anderen Art unter der Haube gebracht. Dazu gibt's als Einleitung noch Verdammnis- und Euerbegeben. So hat jede Gemütsstimmung etwas. Aber mit literarischem Wert hat das nicht zu tun. Geipielt wurde leblich gut.

Tragischer Tod. Am Sonnabend ist bei einem Eisenbahnunglück in Dämmerung, über das wir noch unter Allerlei berichten, ein der halle'schen Einwohnerliste bekannter Künstler lebensgefährlich verunglückt. Es handelt sich um den recht beliebten Opernsänger Herr, der jetzt in Düsseldorf engagiert ist, aber bis vor einiger Zeit am halle'schen Stadttheater gewirkt hat. Dem Sänger, der auf dem Operationsfeld starb, wollten die Ärzte Thoraxkranke einbringen. Er gestattete dies jedoch nicht, bevor er von seiner Frau Abschied genommen habe. Frau Herr, die schwere Verwundung davongetragen hat, wurde auf einer Bahre in den Operationsaal getragen, und die beiden Eheleute nahmen Abschied voneinander. Darauf sprach Herr die Worte: Ich bin nicht amputiert. Der Sänger starb aber, weil er schon vorher so viel Blut verloren hatte.

Unfallsfall eines Militärflugapparates auf dem Hofplatz. Ein aus Döberitz kommender, mit zwei Offizieren besetzter Doppeldecker wollte am Sonnabend abend gegen 6 1/2 Uhr auf dem kleinen Exerzierplatz hinter der Infanteriekaserne auf dem Hofplatz landen. Die Landung wäre auch zweifellos glücklich, wenn nicht gerade ein Frau mit einem Kinde des Weges gekommen wäre, die von dem Flugzeug überfahren zu werden drohte. Die Offiziere wollten einen Unfall vermeiden, gingen noch einmal hoch und stießen dabei mit einem Baum zusammen. Das Flugzeug wurde dabei beschädigt, die Offiziere, von denen einer dem halle'schen Infanterieregiment angehört, blieben allerdings unverletzt. Der verunglückte Korpsoffizier wurde dann in den Raternweg geschafft.

Blitzschlag. Während des Gewitters am gestrigen Nachmittage schlug der Blitz in eine in der Nähe der Bahnhofsstation am Waldberge der Reihe stehende hohe Eiche. Der entzündete Brand dauerte über eine Stunde.

Waldbrand bei Waldberge. Der Waldbrand bei Waldberge wurde gelöscht, das Feuer wurde gelöscht, das Feuer wurde gelöscht. Der Waldbrand bei Waldberge wurde gelöscht, das Feuer wurde gelöscht, das Feuer wurde gelöscht.

Verdrängte Händlerinnen. Bei einer vorangegangenen Gewerkschaftsprüfung der auf dem Wochenmarkt gehaltenen Hutter wurden bei drei ausländischen wohnenden Händlerinnen

zusammen 26 Fälle mit Vermögensverlusten von 5 bis 15 Tausend angeführt. Die beschriebenen Fälle werden nachfolgend.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

Ein Diebstahl. Am Sonnabendabend fuhr ein Hausbesitzer mit seinem Fahrrad am Leipziger Turm gegen einen Gartenbahnwagen. Der Radfahrer kam dabei zu Fall und wurde am Kopf verletzt. Das Rad wurde beschädigt. — Der Mannheimer Straße 43 wurde von einem nicht ermittelten Diebstahl bedrängt. Der Diebstahl betraf ein Fahrrad. Der Fahrer wurde von dem Dieb in der Straße angegriffen und verletzt.

gastlich haben und dabei gleichfalls nachträglich in die Liste aufgenommen werden müssen. Nach allen den Erfahrungen der früheren Jahre kann man nicht dringend genug empfehlen, daß jeder die Listen der stimmfähigen Bürger kontrolliert. Sie liegen jetzt überall auf den Rathhäusern aus, aber nur noch bis einschließlich Mittwoch, den 30. Juli. Einprüche können sofort gemacht werden. Nach dem 30. Juli werden keine Einprüche mehr entgegengenommen.

Werbberg. Güter die Kinder. Im benachbarten Gaste ist die Familie des Arbeiters Jakob von einem schweren Schlag getroffen worden. Als die Frau auf dem Hofe zu tun hatte, stürzte ihr einjährige Tochter in die Sandgrube und erkrankte. Die Tochter erkrankte an einer Gehirnkrankheit. Die Tochter erkrankte an einer Gehirnkrankheit.

Mühlstein. Steiger und Bergmann. Der Herr Peter Wandlstein von der Grube Leonhart in Neunarth-Ordnung wurde von angeblicher Verletzung des Steigers Neumann und des Vorarbeiters Müller von hiesigen Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Das ist ihm vor der Strafkammer nicht abgegangen, weil der Herr Neumann als hiesiger hiesiger Arbeiter herbeigeführt wurde. Das ist ihm vor der Strafkammer nicht abgegangen, weil der Herr Neumann als hiesiger Arbeiter herbeigeführt wurde.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

Wald. Zur Wassererzeugung. Dem Bau einer Wasserleitung beschloß die Gemeinde Holz. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt. Die Quelle, die auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt, ist auf dem Gelände des Mühlenterrassen Müllmann-Dammes entspringt.

